

## **ANTRAG**

**der Fraktion DIE LINKE**

### **Ausbildungsförderung an Realitäten anpassen - BAföG endlich grundlegend reformieren**

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass sich seit Jahren die Zahl der BAföG-Erstantragstellerinnen und -Erstantragsteller in Mecklenburg-Vorpommern auf stabilem Niveau befindet, die Zahl der BAföG-Bezieherinnen und -Bezieher bei gleichbleibenden Gesamtstudierendenzahlen jedoch stetig sinkt.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene zügig für eine weitere Reform der Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz einzusetzen. Dabei sollen insbesondere die folgenden Aspekte neu geregelt werden:
  - Studienfinanzierung in Situationen, in denen Studierende durch staatliche Maßnahmen Einkommensverluste erleiden,
  - Liberalisierung der Regelstudienzeit,
  - Öffnung für Teilzeitstudierende,
  - Abschaffung der Altersgrenze für einen Rechtsanspruch auf Förderung,
  - Anhebung des Elternfreibetrages um mindestens zehn Prozent,
  - Flexibilisierung und Anpassung der Wohnpauschale.

**Simone Oldenburg und Fraktion**

**Begründung:**

Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie zeigt sich erneut, dass die BAföG-Reform 2019 halbherzig war und kein geeignetes Instrument darstellt, das Problem der strukturellen Armut Studierender anzugehen. Viele Studierende haben in den letzten Monaten ihre Nebenjobs verloren, auf die sie zur Finanzierung ihres Studiums angewiesen sind. Von Anträgen auf Nothilfe wurde auch in Mecklenburg-Vorpommern fast jeder Zweite abgelehnt, nicht weil die Antragstellerinnen und Antragsteller über zu viel Geld verfügten, sondern weil ihre Notlage nicht auf die Corona-Pandemie zurückgeht. Immer mehr Studierende studieren in Teilzeit neben Arbeit und Familie. Sie müssen Einkommensverluste kompensieren und werden in der Ausbildungsförderung nicht berücksichtigt. Das zeigt ein weiteres Mal, dass wir uns in Deutschland den Luxus einer Studienfinanzierung leisten, die in den Beträgen zu gering ist, von zu wenigen Studierenden in Anspruch genommen werden kann und die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre nicht mit einpreist. Auch entstehen durch die wegen Corona verlängerten Studienzeiten höhere Belastungen bei der Rückzahlung von Studienkrediten. Zudem weist die im Vergleich zu den Vorjahren überproportional stärkere Beantragung von Studienkrediten von Studierenden der Universität Rostock über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) auf ein tendenziell sinkendes Vertrauen in die Studienförderung an sich hin. Dem muss konsequent begegnet werden, an einer systematischen Überarbeitung des BAföG führt nichts vorbei.